

Unter dem Vorfige des Präsidenten Dr. Sylvester fand heute eine Sitzung des Seniorenkonvents statt, in der sämtliche Parteien des Hauses vertreten waren. Erschienen waren die Abgeordneten Dr. Bugatto, Dr. Jaidutti, Fink, Dr. German, Freiherr v. Gög, Dr. Gustav Groß, Dr. Jucevic, Jufel, Dr. Koroschec, Dr. Marek, Dr. Ofner, Bernerstorfer, Romanzof, Simionovici, Stanek, Dr. Steinwender, Doktor Stölzel, Lufar und Ritter v. Bassillo.

Der Vorsitzende begrüßte zunächst den Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic und die Beratungsteilnehmer und gab sodann ein Resümee der Besprechungen, welche Anfang Mai zwischen den großen Parteien stattgefunden haben. Den Gegenstand dieser Besprechungen habe insbesondere die Revision der Geschäftsordnung, die Neuwahl des Präsidiums, die Wahl der Ausschüsse und eine Anzahl anderer für den Wiederbeginn der parlamentarischen Tätigkeit wesentlicher Fragen gebildet. Das Ergebnis jener Beratungen war zunächst, daß ein achtgliedriges Komitee aus den großen Parteien eingesetzt wurde, das sich mit der Revision der Geschäftsordnung zu befassen gehabt hat. Dieses Komitee hat mehrere Sitzungen abgehalten und sich auch größtenteils bereits über die maßgebenden Punkte geeinigt. Nur einige Differenzpunkte seien noch vorhanden. Die Arbeiten werden fortgesetzt werden. Weiter habe man sich dahin geeinigt, fünf Ausschüsse, und zwar einen Finanzausschuß, einen Kriegswirtschaftsausschuß, einen politischen, einen Immunitäts- und einen Geschäftsordnungsausschuß, einzusetzen, die ersteren drei mit je 52, die letzteren zwei mit 26 Mitgliedern. Ueber die Neuwahl des Präsidiums haben Beratungen zwischen den Parteien bereits stattgefunden.

Ministerpräsident Graf Clam-Martinic dankte zunächst dafür, daß ihm Gelegenheit geboten wurde, mit den Vertretern des Abgeordnetenhauses, von denen er viele schon von seiner früheren parlamentarischen Tätigkeit her kenne, in Verbindung zu treten. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung des Abgeordnetenhauses einen Verlauf nehmen werde, welcher die Lösung einer Reihe von Fragen, die für das Staats- und Volksinteresse von eminentester Wichtigkeit sind, ermöglichen und zugleich auch das Ansehen der Monarchie im Auslande noch erhöhen werde. Hinsichtlich der zwei wichtigsten zur Erörterung gekommenen Fragen der Geschäftsordnung und der Ausübung einer gewissen Zensur der Berichte über die Parlamentsverhandlungen ermahnte er an, daß diese beiden Fragen zu den autonomen Angelegenheiten des Hauses gehören und von diesem selbst geordnet werden müssen.

Was insbesondere die Zensurfrage anbelangt, so wolle sich die Regierung in dieselbe gewiß nicht einmischen. Nachdem die Regierung aber ebenso wie das Haus auf einen ruhigen Verlauf der Tagung den größten Wert lege und alles daran gesetzt werden müsse, um die Arbeitsfähigkeit des Reichsrates zu erhalten, könne er nur die Hoffnung aussprechen, daß seitens des Präsidiums ein Weg gefunden werden wird, dahin zu wirken, daß die Berichte über die Parlamentsverhandlungen sich innerhalb jener Grenzen halten, die vom Standpunkte der Kriegführung und der auswärtigen Politik eingehalten werden müssen. Das Haus müsse es wohl als seine allererste Pflicht betrachten, daß der Verlauf der Session möglichst glatt, würdig und erfolgreich sich gestalte. Der Ministerpräsident verspreche, daß die Regierung innerhalb ihres Wirkungskreises dies nach Möglichkeit unterstützen werde. Betonen müsse er die Wichtigkeit der Dokumentierung der inneren Einigkeit gegenüber dem Auslande.

Der Ministerpräsident gibt sodann eine Uebersicht über die Vorlagen, welche die Regierung einbringen werde, und bemerkt, daß sie sich hierbei auf die unbedingten Notwendigkeiten beschränken müsse. Er kündigt für die bevorstehende Session die Einbringung folgender Vorlagen an: Das Vereinsgesetz in der Fassung, in welcher es im Jahre 1913/14 im Herrenhause beschlossen wurde; Lehrerdienstpragmatik; Todeserklärung Kriegsvermischer; Fürsorgeziehung und Jugendstrafrecht; Gesekentwurf, betreffend Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Arbeitszeit der Frauen und Jugendlichen, endlich die Nacharbeit der Jugendlichen; Gesekentwurf über die Regelung der Heimarbeit und der Kinderarbeit; Gesetz, betreffend das Zahntechnikergewerbe; Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1917; Gesekentwurf, betreffend die Ausdehnung der mit der kaiserlichen Verordnung vom 16. April 1916, R. G. Bl. Nr. 103, eingeführten Kriegsgewinnsteuer auf das Jahr 1917 sowie einige Abänderungen und Ergänzungen dieser Verordnung; Gesetz, betreffend die teilweise Aenderung der Ausstattung der Bundes-Gold- und Silbermünzen der Kronenwährung; endlich alle auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes erlassenen Verordnungen, auch jene, deren Geltungsdauer bereits abgelaufen ist. Was die sozialpolitischen Vorklagen betrifft, so seien dieselben leider noch nicht so weit vortgeschritten, daß sie sofort beim Zusammentritt des Reichsrates eingebracht werden könnten. Es werde an denselben fristig gearbeitet und sie werden bestimmt im Laufe der

Session im Hause eingebracht werden, und zwar sowohl Vorlagen hinsichtlich der unmittelbaren sozialen Fürsorge, Alters- und Invaliditätsversorgung, Volkshygiene usw., als auch hinsichtlich der Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Der Ministerpräsident wiederholt schließlich die Bewilligung der Regierung, alles dazu beizutragen, um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu kräftigen, er erwarte aber auch vom Parlament, daß dasselbe, sich seiner hohen Verantwortung bewußt, das Seinige dazutun werde.

Die Geschäftsordnungsreform.

In der nun folgenden Debatte ergänzte insbesondere auch Vizepräsident Bernerstorfer die Mitteilungen des Präsidenten in Bezug auf die Ausarbeitung der Geschäftsordnungsreform. Er gab bekannt, daß heute bereits der vorläufige Abschluß der Beratungen stattgefunden habe; das Ergebnis derselben werde den Parteien vorgelegt werden und Dienstag werde dann das Komitee nochmals zusammentreten.

Von den Abgeordneten Fink und Bernerstorfer wurde der Vorschlag empfohlen, daß von sämtlichen Parteien ein die Ergebnisse der Beratungen des Komitees enthaltender Antrag, betreffend die Reform der Geschäftsordnung, einzubringen wäre, der dann sofort dem Geschäftsordnungsausschuß zugewiesen würde. Der Geschäftsordnungsausschuß wäre zugleich zu wählen und die weiteren Verhandlungen würden dann in diesem Ausschusse vor sich gehen.

In der Debatte, an der die Vertreter aller Parteien sich beteiligten, erklärten einige Redner, ihren Parteien die Stellungnahme zur Geschäftsordnungsreform noch vorbehalten zu müssen.

Der Vorschlag auf Wahl der vom Präsidenten genannten fünf Ausschüsse wurde gebilligt.

Abgeordneter Dr. Ofner beantragte mit Rücksicht auf die Wichtigkeit, seitens der Regierung einzubringenden Vorlagen, auch einen Justizauschuß zu wählen. In diesem Sinne sprach sich auch Abgeordneter Simionovici aus.

Die Zensurfrage.

Das Ergebnis der Erörterungen in der Zensurfrage wurde schließlich vom Präsidenten dahin zusammengefaßt, daß im Hause selbst volle Redefreiheit herrschen und die Zensur dem Präsidenten zukommen soll. Was die Publizierung anbelangt, so müsse das Haus sich das Recht wahren, die Zensur selbst durch das Präsidium zu üben. Wenn sich Differenzen ergeben sollten, so wären sie im Wege einer Präsidialberatung oder im Seniorenkonvent zum Austrag zu bringen. Es werde sich jedenfalls eine neue Praxis entwickeln, durch welche die Interessen des Staates nach außen nicht geschädigt werden, andererseits aber die Redefreiheit gewahrt werde.

Die Präsidentenwahl.

In der Frage der Neuwahl des Präsidenten nahmen sämtliche Parteien zum Vorschlage des Deutschen Nationalverbandes das Wort. Sie erklärten ihm das Recht zu, als größte Partei des Hauses den Kandidaten zu nominieren. Doch behielten sich mit Ausnahme der Christlichsozialen und des Deutschen Nationalverbandes, welche zu dem Gegenstand bereits endgültig Stellung genommen haben, sowie des Polenklubs, der seinen Mitgliedern die Abstimmung freigegeben hat, die übrigen Parteien ihre Stellungnahme zum Vorschlage des Deutschen Nationalverbandes vor.

Zu den hinsichtlich der Ausdehnung der Freizügigkeit der Abgeordneten vorgebrachten Wünschen erklärte Ministerpräsident Graf Clam-Martinic, sich mit den kompetenten Faktoren ins Einvernehmen setzen zu wollen, um für die größtmögliche Freizügigkeit der Abgeordneten sowohl im weiteren als im engeren Kriegsbetriebe einzutreten.

Zum Schlusse der Sitzung erinnerte Vizepräsident Bernerstorfer daran, daß er bereits in der vorigen Sitzung im Namen der Anwesenden an den Präsidenten Doktor Sylvester den Appell gerichtet habe, eine Neuwahl anzunehmen. Nachdem derselbe aber erklärt habe, eine Neuwahl unter keinen Umständen akzeptieren zu können, so erlaube ihm nur, dem abtretenden Präsidenten für seine Tätigkeit den Dank der Senioren zum Ausdruck zu bringen. Diese Dankesworte wurden vom Seniorenkonvent mit allgemeinem Beifall begleitet.

25. 5. 1917

41